

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 848 ppbn d



## Inhalt

Dr. Alfred Emmerlich  
MdB, Stellvertretender  
Vorsitzender der SPD-  
Fraktion im Deutschen  
Bundestag, fordert die  
strafrechtliche Ahndung  
der Auschwitz-Lüge: Koali-  
tion muß Farbe bekennen.  
Seite 1

Helmut Rohde MdB kommentiert die Rentenpolitik der Bundesregierung: Kurzatmig. Seite 3

Peter Klein, Geschäftsführer der Bundes-SGK, untersucht den Bonner Umgang mit den Kommunen: Eigene Argumente widerlegt. Seite 4

40. Jahrgang / 28

8. Februar 1985

Auschwitz-Lüge strafrechtlich ahnden

-----  
Die Koalition muß endlich Farbe bekennen

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

Seit April 1984 befaßt sich der Rechtsausschuß mit Gesetzentwürfen der SPD und der Regierung, die vorschlagen, das Billigen, Leugnen und Verharmlosen des nationalsozialistischen Völkermordes unter Strafe zu stellen. Die "Auschwitz-Lüge", die eine Beleidigung und Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus darstellt, soll damit von Amts wegen strafrechtlich verfolgt werden.

Die Mehrheit von CDU/CSU/FDP im Rechtsausschuß torpediert die Verabschiedung dieser Gesetzesvorhaben seit Monaten. Sie will auch die Billigung, Leugnung und Verharmlosung von an Deutschen begangenen "Vertreibungsverbrechen" unter Strafe stellen. Dabei scheint sie selbst nicht zu wissen, wie man den Begriff des "Vertreibungsverbrechens" definieren und abgrenzen soll.

Diese Bestrebungen der Koalition werden von der SPD entschieden abgelehnt. Wer die an den Deutschen in den Nachkriegsjahren begangenen Verbrechen strafrechtlich auf eine Stufe mit dem nationalsozialistischen Völkermord stellen



will, verkennt die historische Einmaligkeit dieses Völkermordes. Aus diesem Grunde schlägt die SPD ebenso wie auch die Bundesregierung vor, nur das Billigen, Leugnen und Verharmlosen des nationalsozialistischen Völkermordes, nicht aber das Billigen, Leugnen oder Verharmlosen der zahllosen sonst noch von den Nazis begangenen Verbrechen unter Strafe zu stellen.

Gewiß sind im Zuge der Vertreibung an Deutschen schwerwiegende Verbrechen begangen worden. Es wäre jedoch widersinnig, auf der einen Seite nur das Billigen, Leugnen und Verharmlosen des nationalsozialistischen Völkermordes, auf der anderen Seite aber das Billigen, Verharmlosen und Leugnen jedes an Deutschen im Zuge der Vertreibung begangenen Verbrechens unter Strafe stellen zu wollen. Hinzu kommt, daß dadurch denjenigen, die ohnehin versuchen, den nationalsozialistischen Völkermord herunterzuspielen, indem sie ständig auf die auch an Deutschen begangenen Verbrechen hinweisen, für ihre Aufrechnungsversuche auch noch den Segen des Gesetzgebers gegeben würde.

Die Koalition hat die Verabschiedung der Gesetzentwürfe der SPD und der Bundesregierung seit Monaten verschleppt. Die SPD-Bundestagsfraktion ist nicht bereit, diese Verschleppungstaktik weiter hinzunehmen. Sie hat deshalb beantragt, daß der Rechtsausschuß dem Plenum des Deutschen Bundestages über die bisherige Behandlung der Gesetzesinitiativen einen Bericht erstattet. Die Koalition muß sich endlich eindeutig dazu erklären, ob sie bereit ist, sich der besonderen historischen Verantwortung gegenüber den Opfern des nationalsozialistischen Völkermordes zu stellen.

(-/8.2.1985/rs/ks)

+ + +



Kurzatmig  
-----

## Zukunft der Rentenversicherung bleibt im Zwielficht

Von Helmut Rohde MdB

Die Woche endet, wie sie angefangen hat: In der Rentenversicherung verhärtet sich die Gefahr von Illiquidität. Die jüngsten Beschlüsse der Koalition führen daran nicht vorbei. Sie sind ein kurzatmiges Manöver, taugen noch nicht einmal für einen mittelfristigen Zeitraum. Sie werden den Anforderungen der Rentenversicherung nicht gerecht. Deren Finanzdaten lassen das erkennen. Die Koalition ist mit ihren Beschlüssen auf eine Linie taktischer Überbrückung ausgewichen, statt mit sozialer Strukturpolitik die Zukunft der Rentenversicherung auf eine solidere Grundlage zu stellen.

In Bonn verhärtet sich der Eindruck, daß die Bundesregierung angesichts der provisorischen und nur kurzatmigen Koalitionsbeschlüsse alsbald noch einmal in die Rentenversicherung eingreifen wird. Vermutlich wird sie das nach den Landtagswahlen tun. Es bleibt also im Zwielficht, wie die Zukunft der Alterssicherung, ihrer Beiträge und Leistungen, aussehen wird und wie der Staat seine Verpflichtungen gegenüber der Rentenversicherung erfüllt.

Die Lage der Rentenversicherung trifft mit gravierenden sozial- und finanzwirtschaftlichen Problemen der Krankenversicherung und neuen Anforderungen an die Arbeitslosenversicherung zusammen. Daß die Regierung kein aktualisiertes Sozialbudget, keine korrekte Bestandsaufnahme der sozialpolitischen Lage vorlegt, sondern sich mit taktisch frisiertem Flickwerk zufrieden gibt, läßt Schlimmes befürchten. Durch die Manöver von Bundesregierung und Koalition ist die Stabilität und die Zukunft der deutschen Sozialversicherung, ihres Niveaus und ihrer Leistungsfähigkeit, zu einem gravierenden innenpolitischen Problem geworden.

(-/8.2.1985/rs/ks)

+ + +



Eigene Argumente widerlegt

Bundesregierung forderte Kommunen zu Beschäftigungsprogramm auf

Von Peter Klein

Geschäftsführer der Bundes-SGK

300.000 mehr Arbeitslose innerhalb eines Monats und die höchste Arbeitslosenzahl seit 1948 sind nicht nur ökonomisch und für die betroffenen Arbeitslosen ein schreckliches Zeichen für eine möglicherweise noch trister werdende Zukunft.

Dieser Vorgang, wenn man dieses Ereignis überhaupt so bezeichnen darf, hätte eigentlich zu einem Aufschrei in der Republik führen müssen. Es ist jedoch zu befürchten, daß sich die meisten wieder genauso beruhigen werden wie als vor Zeiten die eine Million- oder zwei Millionengrenze der Arbeitslosen überschritten wurde. Wenn jetzt nicht Handeln geboten ist, dann kann man gewiß sein, daß diese Bundesregierung den Arbeitslosen nie mehr helfen wird.

Was hat das mit Kommunalpolitik zu tun? Das Tollste, was sich bisher ein Arbeitsminister, ein Wirtschaftsminister und ein sicherlich in diesem Feld nur mit Maßen kompetenter Fraktionsvorsitzender geleistet haben, ist deren Aufforderung, die Kommunen, also die Städte, Gemeinden und Kreise, sollten jetzt gefälligst investieren. In allen Verlautbarungen, in allen Debattenbeiträgen auch heute im Deutschen Bundestag wird von dieser konservativ-scheinliberalen Bundesregierung jeder steuernde und lenkende Einfluß des Staates auf diese Krise abgelehnt. Lauthals polemisieren sie gegen Vorschläge der Sozialdemokratie, Beschäftigungsprogramme aufzulegen. Aber was bedeutet eigentlich die Aufforderung der Bundesregierung an andere, also die Kommunen, jetzt verstärkt zu investieren?

Auf jeden Fall widerlegt die Bundesregierung ihr eigenes Argument damit, daß nämlich das Wetter das Übel der Zunahme der Arbeitslosigkeit im Januar war. Jedenfalls wenn man logisch denkt, wird das Wetter wohl nicht durch kommunale Investitionen verändert werden können.

Zum anderen ist damit das viel tiefer gehende Eingeständnis verbunden, daß im höchsten Krisenfall also doch die öffentlichen Hände einzugreifen haben; denn die Kommunen sind nichts anderes als Teil der drei Staatssäulen, Bund, Ländern und Kommunen. Man könnte sogar zu Recht sagen, die Aufforderung an die Kommunen, jetzt zu investieren, ist nichts anderes als die Aufforderung zu einem Beschäftigungsprogramm, das nicht zentral, sondern dezentral aufgelegt werden soll und das mit einer verstärkten Nettokreditaufnahme zu finanzieren wäre. Für den Uninformierten wird nur deswegen nicht deutlich, daß es sich um ein Beschäftigungsprogramm handelt, weil die Kommunen sozusagen eher unauffällig ihre wirtschaftliche Tätigkeit vornehmen. Soweit also das Eingeständnis der Bundesregierung, in der Krise habe die öffentliche Hand zu helfen.

Diese Bundesregierung hat aber darüber hinaus dafür die Verantwortung, daß die wirtschaftliche Kraft der Kommunen grundsätzlich Schaden genommen hat. Diese Bundesregierung hat durch ihr ausbleibendes wirtschaftspolitisches Eingreifen und



durch eine Fülle von Steuererleichterungen für Unternehmen dafür gesorgt, daß sich die Kommunen, wie noch vor wenigen Wochen der Finanzminister selbst deutlich gemacht hat, haushaltsmäßig konsolidieren mußten, was im Klartext heißt: Rücknahme von mehr als real 50 Milliarden DM kommunaler Investitionen in den letzten fünf Jahren, was verbunden war mit einem Investitionsausfall auf der privaten Seite von 150 Milliarden DM. Diese traditionelle Investitionskraft der Kommunen - wäre sie auf dem Niveau von 1980 geblieben - hätte 400.000 Dauerarbeitsplätze jährlich bedeutet. Auf diese Arbeitsplätze hat die Bundesregierung durch ihre Entscheidungen verzichtet, und jetzt fordert sie die Kommunen auf, wieder etwas zu tun.

Zwar ist es generell richtig, daß wegen dieser teuer erkauften haushaltsmäßigen Konsolidierung der Spielraum der Kommunen zur Nettokreditaufnahme insgesamt wieder erhöht worden ist. Allerdings muß man sich vergegenwärtigen, was dies bei der räumlich differenzierten Verteilung der Arbeitslosigkeit bedeutet: In Baden-Württemberg mit unter fünf Prozent Arbeitslosigkeit und vollen kommunalen Kassen werden sicherlich vernünftige Investitionschancen bestehen. Im Ruhrgebiet oder auch im Saarland und in Bremen bei 15 Prozent Arbeitslosen und leeren kommunalen Kassen gibt es dafür überhaupt keine Chance, höchstens diejenige mit Hilfe sehr geringer kommunaler Steuermehreinnahmen kleinere Projekte in Gang zu setzen, die auf jeden Fall nicht die riesigen Arbeitslosenzahlen in diesen Regionen deutlich abbauen helfen werden.

Natürlich wird auch jeder verantwortliche sozialdemokratische Politiker dafür sein, daß die Städte alle Anstrengungen unternehmen müssen, zu denen sie überhaupt nur fähig sind. Dies aber im Rahmen der Realität und ohne die ideologische Hoffnung, daß sich damit, insbesondere in den strukturschwachen Gebieten, das Los der Arbeitslosen verbessern wird.

Die Bundesregierung hat öffentlich, wenn auch noch nicht richtig von der Öffentlichkeit verstanden, also eingeräumt, daß nur mit staatlichen Kräften im weitesten Sinne den Krisenerscheinungen begegnet werden kann. Sie selbst gibt dafür auch den richtigen Bezugspunkt an. Sie rühmt, daß in den Vereinigten Staaten mehr als 20 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Jeder weiß, daß dieses Ergebnis nur durch eine gigantische zusätzliche Nettokreditaufnahme des Staates gesichert werden konnte.

Noch ein zweiter Punkt: Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Entwurf eines Gemeinde-Finanzsoforthilfegesetzes vorgelegt. Dies würde den Kommunen, insbesondere auch den strukturschwachen Städten, Gemeinden und Kreisen, pro Jahr vier Milliarden DM Mehreinnahmen bringen, die voll für Investitionen genutzt werden können. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen bleiben aufgefordert, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Nicht die Kommunen, sondern die Bundesregierung ist am Zug.

(-/8.2.1985/rs/ks)

+ + +

